

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum
12.04.2022
Ausschussbetreuender Fachbereich
Jugend und Soziales
Schriftführung
Miriam Tomechna
Telefon-Nr.
02202-142865

Niederschrift

Jugendhilfeausschuss
5. Sitzung am Donnerstag, 10.02.2022

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 18:20 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
0024/2022
- 4 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden**
- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 6 Förderung der Sanierung der Außenfläche an der Kindertagesstätte "Tausendfüßler"**
0001/2022
- 7 Verlängerung der Vertragslaufzeit für den Abenteuerspielplatz**
0023/2022
- 8 Elternbeitragssatzung - Erweiterung der Einkommensstufen**
0811/2021
- 9 Planung nach dem KiBiz2020 für das Kindergartenjahr 2022/2023**
0003/2022
- 10 Plätze im Außerunterrichtlichen Angebot an den Offenen Ganztagsgrundschulen – Planung für das Schuljahr 2022/23**
0018/2022
- 11 Förderung der Flexibilisierung gemäß §48 KiBiz für das Kindergartenjahr 2022/23**
0004/2022
- 12 Förderung der Sanierung der Heizungsanlage im Jugendzentrum Q1**
0008/2022
- 13 Die Situation von Kindern und Jugendlichen in der Pandemie - in Bergisch Gladbach – aktueller Stand**
- 14 Anträge der Fraktionen**
- 15 Anfragen der Ausschussmitglieder**
0803/2021

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende, Frau Holz-Schöttler, eröffnet die 5. Sitzung des Jugendhilfeausschusses in der laufenden Wahlperiode und gibt die nicht anwesenden Ausschussmitglieder bekannt.

Entschuldigt fehlen Herr Paduch vertreten durch Frau Bacmeister (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), Herr Sellmann und sein Vertreter Herr Mischke (Amtsgericht), Frau Schmitz vertreten durch Frau Gebauer (AG Jugendhilfe), Herr Stieler vertreten durch Frau Fuchs-Osterhammel (AG Jugendhilfe), und Frau Bhattacharjee (Integrationsrat).

Anschließend stellt Frau Holz-Schöttler die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird mit folgender Änderung genehmigt:

TOP Ö19, S. 16:

~~Herr Eschbach (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) äußert, dass seit gestern Jugendliche ab 16 Jahren in Sportvereinen und Musikschulen ausgeschlossen würden, wenn diese nicht die 2G-Regel erfüllten. Bisher seien Schüler von solchen Regelungen ausgenommen worden. Er möchte wissen, ob der JHA Einfluss auf diese Regelung nehmen könne.~~

Herr Bertenrath begrüßt die vielfältigen und umfangreichen, heute thematisierten Hilfen für Kinder und Jugendliche in Bergisch Gladbach, um die Folgen der Corona-Zeit abzumildern. Er weist aber auch darauf hin, dass trotz der STIKO-Empfehlung nicht immunisierte ab 16-jährige Jugendliche von der Teilhabe in einigen Bereichen ausgeschlossen werden. So dürfen sie z.B. keinen Unterricht mehr an der Musikschule erhalten und auch am Angebot unserer Sportvereine nicht mehr teilnehmen. In diesem Zusammenhang fragt er an, ob der Jugendhilfeausschuss auf diese Entscheidung des Landes Einfluss nehmen kann und will.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil 0024/2022

Zur Vorlage wurde eine Tischvorlage verteilt mit einer Korrektur der Vorlage:

Bericht zu TOP Ö15:

~~Der Rat haben in seiner Sitzung am 14.12.2021 einstimmig den Beschluss entsprechend dem Vorschlag des JHA gefasst.~~

Der Rat hat in seiner Sitzung am 14.12.2021 einstimmig folgenden geänderten Beschluss gefasst:

1. Der für den nächstjährigen Haushalt der Stadt Bergisch Gladbach angemeldete Eigenanteil des Landesförderprogramms „Soziale Arbeit an Schulen im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets in NRW“ in Höhe von 201.055,55 Euro soll - vorbehaltlich der Verabschiedung des Haushalts 2022 durch den Rat sowie der darauf folgenden notwendigen Genehmigung durch den Rheinisch-Bergischen Kreis - zur Verfügung gestellt werden, damit eine durch die Umstellung auf ein neues Förderprogramm notwendig gewordene inhaltliche Neuorientierung sowie vertragliche Neugestaltung mit den beteiligten Netzwerkpartnern bis Ende Mai 2022 sichergestellt werden kann.
2. Die Verwaltung wird beauftragt
 - a. zur Sicherstellung der aktuellen Netzwerkstrukturen sowie zur finanziellen Absicherung der Kooperationspartner und der von ihnen für die Netzwerkarbeit angestellten Mitarbeiter bis zum 31.05.2022 eine befristete Vereinbarung abzuschließen,
 - b. auf der Grundlage der Entscheidung über den Förderantrag eine weitere Beschlussvorlage zu erarbeiten,
 - c. in der die förderfähigen Kosten von rd. 335.000 Euro nicht überschritten werden sollen.

4. Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

Es liegen keine Mitteilungen vor.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Frau Hellwig (Verwaltung) teilt mit, dass der Jahresrückblick 2021 der Mädchenberatungsstelle verteilt wurde zur Kenntnisnahme (siehe Anlage 2 zur Niederschrift).

Desweiteren berichtet Frau Hellwig, dass die Umstellung der Testung in Kitas zu PCR-Lolli-Tests abschließend mit dem Land NRW verhandelt worden sei. Die Umstellung erfolge voraussichtlich ab dem 21.02.2022. Die Pressemitteilung gehe heute noch raus und die Kitas würden informiert werden.

Außerdem teilt Frau Hellwig den aktuellen Sachstand über die Änderung der Richtlinie zur Förderung der Schulsozialarbeit mit. Zum 01.01.2022 sei das Förderprogramm "Soziale Arbeit an Schulen" durch das Förderprogramm "Förderung von Schulsozialarbeit in NRW" ersetzt worden. Der von der Stadt gestellte Förderantrag sei zwischenzeitlich bewilligt worden und die Fördermittel stünden bereits zur Verfügung. An der inhaltlichen Neuausrichtung und Neugestaltung der Rahmenvereinbarung zwischen den Trägern, Schulen und der Verwaltung werde gerade gearbeitet. Voraussichtlich in der nächsten Sitzung werde eine Vorlage zum aktuellen Sachstand eingebracht.

Desweiteren berichtet Frau Hellwig zum Kommunalen Integrationsmanagement, dass der Rheinisch-Bergische Kreis eine Förderzusage für 14 Case-Management-Stellen erhalten habe. Diese würden sowohl vom Kreis, als auch von den Kommunen bewirtschaftet. Die Stadt Bergisch Gladbach habe aus dem Programm 2 Stellen erhalten. Die Mittel seien auch verstetigt, d.h. die Stellen können unbefristet zur Verfügung gestellt werden. Mit den Stellen solle vor allem das Auszugsmanagement bearbeitet werden. In einer der nächsten Sitzungen werde dazu ein Sachstandsbericht erfolgen.

Frau Liebmann (Verwaltung) teilt mit, dass die Schulleitung der GGS Katterbach den Vertrag mit dem OGS-Träger gekündigt habe. Die Verwaltung werde sich bemühen, das Vergabeverfahren zügig voranzutreiben, sodass so schnell wie möglich ein neuer Träger gefunden werden könne.

6. **Förderung der Sanierung der Außenfläche an der Kindertagesstätte
"Tausendfüßler"**
0001/2022

Frau Hellwig (Verwaltung) teilt mit, dass im Vorfeld der Sitzung die Frage gestellt worden sei, worin die Zweckbindung der Sanierungsmaßnahme bis 2037 bestehe. Es handele sich dabei um eine Bewilligung vom 08.12.2017 für eine Kucheneinrichtung, welche eine 20-jährige Zweckbindung habe.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der Kinder-Elterngruppe „Tausendfüßler“ e.V. wird antragsgemäß für die Sanierungsmaßnahme des Außengeländes in der Kindertagesstätte „Tausendfüßler“ ein Investitionskostenzuschuss in Höhe von 99.846,95 € (100%) gewährt.

7. **Verlängerung der Vertragslaufzeit für den Abenteuerspielplatz**
0023/2022

Herr Droege und Herr Schäfer verlassen aufgrund von Befangenheit den Sitzungsbereich.

Der Jugendhilfeausschuss fasst ohne weitere Aussprache folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Die Verwaltung wird beauftragt, den Vertrag über den Betrieb des Abenteuerspielplatzes in Bergisch Gladbach mit der Katholischen Jugendagentur Leverkusen, Rhein-Berg, Oberberg gGmbH hinsichtlich der Laufzeit anzupassen. Die Laufzeit von derzeit einem Jahr soll künftig auf eine 5-jährige Laufzeit angehoben werden. Zudem soll die Vertragslaufzeit mit dem Beschluss des Kinder- und Jugendförderplans synchronisiert werden.

8. **Elternbeitragsatzung - Erweiterung der Einkommensstufen**
0811/2021

Der Entwurf der Änderungssatzung wurde den Mitgliedern als Tischvorlage (siehe Anlage 3 der Niederschrift) nachgereicht.

Frau Opiela (CDU) äußert, dass die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag Nr. 1 nicht zustimmen könne. Kinder zu haben, solle und dürfe in Bergisch Gladbach nicht noch teurer werden. Dies gelte für alle Einkommensgruppen. Die Refinanzierung der Beitragsbefreiung der unteren Einkommensschichten sowie die Änderung des Einkommensbegriffes könne über die Anhebung der Grundsteuer B, welche ab 01.01.2022 in Kraft getreten sei, vollständig finanziert werden. Hier stelle sich die CDU-Fraktion die Frage, wieso eine zusätzliche Erhöhung der Kita-Elternbeiträge bei den Einkommensgruppen ab 130.000 € durchgeführt werden solle. Es entstehe der Eindruck, dass Finanzierungslücken im Haushalt durch Kita-Beiträge gemindert werden sollen. Dies sei nicht, wie von manchen behauptet, der erste Schritt zu einer gebührenfreien Kita, sondern ein Umverteilungsinstrument. Die Erhöhung sei zwar rechtmäßig, aber würde ein negatives gesellschaftspolitisches Signal senden. Auch würde die Stadt damit zu den Spitzenreitern der Kita-Beiträge in NRW werden.

Herr Eschbach (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) äußert, dass es sich in der Tat um ein Umverteilungsinstrument handele. Es gehe darum, die unteren Einkommensschichten zu entlasten und diejenigen, die mehr Geld verdienen, stärker finanziell in die Pflicht zu nehmen.

Frau von Berg (CDU) äußert, dass letztes Jahr die Finanzierung und die Entscheidung zur Erhöhung der Grundsteuer sehr kontrovers diskutiert worden sei. Die Bescheide seien jetzt raus gegangen und die Einnahmen bei der Stadt angekommen. Nun würde aber eine zweite Erhöhung der Einnahmen erfolgen, obwohl sogar ein Einnahmeüberschuss entstanden sei, da die Grundsteuer ab dem 01.01.2022 erhöht wurde, während sich die Kita-Beiträge erst ab dem 01.08.2022 ändern. Man müsse das gesellschaftspolitisch betrachten. Die Erhöhung würde dazu führen, dass die Kinder aus den höheren Einkommensschichten nicht mehr in eine Kita geschickt, sondern privat betreut werden würden. Außerdem würden auch die Grundsteuerzahler verschaukelt werden, denen man gesagt hätte, dass durch die Erhöhung die Kita-Gebühren finanziert werden, die jetzt aber doch nochmal höhere Elternbeiträge zahlen müssten. Dies würde ein schlechtes gesellschaftspolitisches Signal senden.

Frau Lehnert (CDU) äußert, dass sie auch die Wahrscheinlichkeit sehe, dass einige Eltern aus den Betreuungssystemen aussteigen würden. Sie fragt sich, was das Ziel dieser ganzen Bewegungen sei. Die Gutverdienenden würden schon mit der höheren Grundsteuer belastet werden, nun kämen auch noch die Kitabeiträge hinzu. Auch die steigende Inflationsrate müsse man bedenken. Dies sei für junge Eltern eine große finanzielle Belastung.

Herr Eschbach meint, dass man sich in der betroffenen Einkommensgruppe die höheren Beiträge leisten könne und dass man für den Betrag keine private Fachkraft finden könne. Die CDU würde ein sehr verzerrtes Bild der Realität darstellen.

Frau Holz-Schöttler (SPD) äußert, dass als positives gesellschaftliches Signal die Beitragsbefreiung für die Einkommensgruppe bis 40.000 € gesendet würde. Dies würde es in keiner anderen Kommune geben.

Frau Opiela möchte betonen, dass sie die Beitragsbefreiung bis 40.000 € befürworte. Aber sie verstehe nicht, warum jetzt noch eine Beitragserhöhung erfolgen soll, wenn die Beitragsbefreiung bis 40.000 € bereits durch die Grundsteuer B gegenfinanziert wurde.

Frau Holz-Schöttler meint, dass die Beitragsbefreiung im Haushalt nicht komplett durch die Grundsteuer B gegenfinanziert werden könne. Desweiteren sei eine private Betreuung viel teurer als die Kita-Gebühren.

Herr Hildner (Diakonisches Werk) äußert, dass in einer der letzten Sitzungen darüber gesprochen worden sei, dass ein großer Fachkräftemangel herrsche, auch in der Verwaltung. Er möchte wissen, ob es für die Berechnung der höheren Einkommensgruppen genug Personal gäbe.

Frau Hellwig (Verwaltung) antwortet, dass sich zurzeit ca. 11% der Beitragspflichtigen in der Einkommensgruppe ab 130.000 € befänden. Bisher mussten keine Einkommensnachweise erbracht werden, sodass nicht gesagt werden könne, wie sich die Beitragspflichtigen auf die neuen Einkommensgruppen verteilen. Aktuell gehe die Verwaltung aber davon aus, dass der zusätzliche Aufwand von den derzeit vorhandenen Mitarbeitern aufgefangen werden könne.

Über die beiden Beschlusspunkte wird einzeln abgestimmt.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

1. Beschluss: (mehrheitlich bei 3 Gegenstimmen der CDU-Fraktion und 4 Enthaltungen)

1. Die Elternbeitragstabelle wird um die Einkommensstufen bis 140.000 € (vorher „über 130.000 €“), bis 150.000 €, bis 160.000 €, bis 180.000 €, bis 200.000 € und über 200.000 € zum 01.08.2022 erweitert

2. Beschluss: (mehrheitlich bei 3 Gegenstimmen der CDU-Fraktion)

2. Der 5. Satz in § 4 Absatz 1 der ab 01.08.2022 gültigen Satzung, welcher die sogenannte „10%-Regelung“ für Beamte etc. regelt, wird gestrichen.

9. Planung nach dem KiBiz2020 für das Kindergartenjahr 2022/2023
0003/2022

Frau Lehnert (CDU) möchte wissen, wie viele Kinder unter 1 Jahr und unter 2 Jahren sich derzeit in Betreuung finden, und wie viele davon jeweils in der Tagespflege und in der Kita betreut werden.

Frau Hellwig (Verwaltung) antwortet, dass die Anfrage schriftlich beantwortet wird.

Frau Skribbe (Inklusionsbeirat) äußert, dass laut Vorlage im Bereich Ü3 ein Fehlbedarf von 263 Betreuungsplätzen herrsche, wobei 150 Plätze inbegriffen seien, die als Inklusionsplätze freigehalten würden. Sie möchte wissen, was „freigehalten“ bedeute.

Frau Liebmann (Verwaltung) antwortet, dass nicht genau im Voraus geplant werden könne, wie viele Kinder mit einer Behinderung in die Kitas kommen. Die Träger haben daher die Möglichkeit, Plätze für solche Kinder freizuhalten, um eine gute Betreuung zu sichern. So wird bei der Berechnung der Versorgungsquote ein Durchschnittswert von 150 Kindern pro Jahr berücksichtigt.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

1. Die Jugendhilfeplanung gemäß §4 Kinderbildungsgesetz (KiBiz) für das Kindergartenjahr 2022/2023 wird zugestimmt und die Verwaltung beauftragt, auf dieser Grundlage beim Land die Betriebskostenförderung für die Kindertagesstätten und die Kindertagespflege gemäß §38 (1) KiBiz zu beantragen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Verwirklichung von weiteren bedarfsgerechten Betreuungsplätzen in Kindertagesstätten, Kleinkinderhäusern, Kindertagespflege- und Großtagespflegestellen voranzutreiben und entsprechende Haushaltsmittel bereitzustellen.

10. Plätze im Außerunterrichtlichen Angebot an den Offenen Ganztagsgrundschulen – Planung für das Schuljahr 2022/23
0018/2022

Herr Cremer (AfD) merkt an, dass in der Kurzzusammenfassung die Nettokosten mit ca. 1,5 Mio. € angegeben würden, unter Punkt 5. der Vorlage aber mit ca. 2,5 Mio. €. Er möchte wissen, welche Zahl stimmt.

Frau Liebmann (Verwaltung) antwortet, dass es sich um einen Übertragungsfehler handle und der Wert von ca. 2,5 Mio. € ihrer Auffassung nach der richtige Wert sei. Sie könne die Zahl nochmal prüfen. Da eine Vertagung des TOPs auf die nächste Sitzung des JHA zu spät wäre für die Antragsstellung für finanzielle Mittel beim Land NRW, schlägt Frau Hellwig vor, den Beschluss vorbehaltlich einer Prüfung der Angaben bis zur Sitzung des AFBL zu fassen.

[Anmerkung der Schriftführung: Der Betrag von ca. 2,5 Mio. € ist richtig.]

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Vorbehaltlich der Korrektur der in der Vorlage angegebenen Nettokosten bis zur Sitzung des AFBL:

Im Schuljahr 2022/23 werden bis zu 3.174 Plätze im Außerunterrichtlichen Angebot der Offenen Ganztagsgrundschulen in Bergisch Gladbach gefördert.

11. Förderung der Flexibilisierung gemäß §48 KiBiz für das Kindergartenjahr 2022/23
0004/2022

Der Jugendhilfeausschuss fasst ohne weitere Aussprache folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Dem Antrag der Gemeinnützigen Gesellschaft der Franziskanerinnen zu Olpe für soziale Dienste mbH in Olpe auf Förderung der Flexibilisierung gemäß § 48 KiBiz für die Kindertagesstätte St. Felix, Im Schlangenhöfchen 29 in Bergisch Gladbach, für das Kindergartenjahr 2022/23 in Höhe von 16.600 €, wird zugestimmt.

12. Förderung der Sanierung der Heizungsanlage im Jugendzentrum Q1
0008/2022

Der Jugendhilfeausschuss fasst ohne weitere Aussprache folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der Förderung der Heizungssanierung im Jugendzentrum „Q1“, der Evangelischen Kirchengemeinde Bergisch Gladbach, Quirlberg 1, in Höhe von 15.800 € (70% der anerkannten Investitionskosten) wird zugestimmt.

13. Die Situation von Kindern und Jugendlichen in der Pandemie - in Bergisch Gladbach – aktueller Stand

Frau Hellwig (Verwaltung) teilt mit, dass seit dem Bericht in der letzten Sitzung keine großen Veränderungen eingetreten seien. Die Kinder, Eltern und auch Mitarbeiter seien weiterhin belastet aufgrund der Situation. Jedoch seien im Programm „Aufholen nach Corona“ in Zusammenarbeit mit den Trägern einige schöne Aktionen umgesetzt worden. In der nächsten Sitzung werde eine Vorlage dazu kommen.

Im Bereich der Kitas habe die Omikron-Variante Probleme bereitet, weshalb die Stadt - wie bereits unter Mitteilungen des Bürgermeisters berichtet - auf PCR-Tests umsteigen werde. Einerseits erhofften sich die Eltern durch die umfassendere Testung eine Entlastung, andererseits bedeute die neue Testung aber auch, dass erstmal mehr Kinder nicht in die Kita gehen könnten, da Erfahrungen in Kitas anderer Kommunen gezeigt hätten, dass anfänglich vermehrt Pooltests positiv sind.

Herr Klaas (SPD) möchte wissen, ob alle Kinder in Quarantäne müssten, wenn ein Kind positiv getestet würde.

Frau Liebmann (Verwaltung) antwortet, dass alle im Pool dann nochmal einzeln nachgetestet werden müssten.

Frau Lehnert (CDU) habe den Jahresbericht der Kreativitätsschule gelesen und finde es bemerkenswert, wie viele Angebote trotz Corona umgesetzt werden konnten.

Frau Holz-Schöttler (SPD) möchte wissen, ob sich die Fallzahlen bei der Erziehungsberatungsstelle verändert hätten.

Herr Köchling (kath. Erziehungsberatung) antwortet, dass sich die Zahlen nicht wesentlich verändert hätten. Desweiteren berichtet er, dass Kinder und Jugendliche schlechter in der Lage wären, die schulischen Leistungen zu erbringen, die von ihnen erwartet würden. Dies führe sowohl bei den Schülern, als auch bei den Eltern und Lehrern zu großen Verunsicherungen.

Frau Skribbe (Inklusionsbeirat) möchte hinzufügen, dass die Situation für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen nochmal mehr belastend sei, da diese häufiger zu Risikogruppen gehörten und dadurch noch isolierter seien. Frau Skribbe habe bei ihrer Tätigkeit in der Beratungsstelle für außerschulische Inklusion festgestellt, dass zurzeit deutlich mehr Anfragen gestellt würden, welche Angebote es für Kinder und Jugendliche im Sommer gäbe, da diese Kinder dringend Abwechslung und soziale Kontakte benötigten. Frau Skribbe regt die Träger dazu an, Angebote für den Sommer zu planen, auch für Kinder unter 8 Jahren, da es in diesem Bereich immer nur wenige Angebote gäbe.

Frau Hellwig ergänzt, dass auch die Anzahl der Eingliederungshilfen zugenommen habe. Desweiteren sei - unabhängig von der Pandemie - ein Antrag im Stellenplan für einen Kinder- und Jugendpsychotherapeuten im Jugendamt gestellt worden. Aber gerade in diesen Zeiten könnte dies eine große Unterstützung werden.

Frau Gresser-Ritter (ev. Jugend) möchte aus der Sicht der Mitarbeiter in den Einrichtungen berichten, dass diese auch sehr belastet seien. Sie macht den Vorschlag, dass von der Stadt oder dem Jugendhilfeausschuss Worte an die Fachkräfte gerichtet werden, dass die hohe Belastung und die immense Leistung wahrgenommen werden.

14. Anträge der Fraktionen

Es liegen keine Anträge vor.

15. Anfragen der Ausschussmitglieder 0803/2021

Es liegen keine Anfragen vor.

Die Vorsitzende Frau Holz-Schöttler schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.04 Uhr.

gez. Holz-Schöttler
(Vorsitzende)

gez. Tomechna
(Schriftführerin)